Kiek mal in

SPD Hanstedt
WWW.spd-hanstedt.de
Ausgabe 2 Sept. 2010

Gemeinschaftsgedanke stärken

Einheitliches Leitbild ist wichtig für die Samtgemeinde

Seit geraumer Zeit wird in der Samtgemeinde an einem Leitbild gearbeitet. Die SPD-Ratsfraktion wirkt hierbei aktiv mit. „Kiek mal in" sprach mit Gerhard Heuer über seine Zielvorstellungen.

Kiek mal in: Gerhard, wozu dient die Erarbeitung eines Leitbildes für die Samtgemeinde?
Gerhard Heuer: Wir wollen die Bedeutung unserer Region stärken, und dabei ist es wichtig, dass wir den Gemeinschaftsgedanken in den Vordergrund rücken.
Kiek mal in: Welches sind denn dabei für dich die wichtigsten Punkte?
Gerhard Heuer: Hierzu zähle ich die Siedlungspolitik, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und die Weiterentwicklung der Infrastruktur.
Kiek mal in: Wo siehst du Ansatzpunkte in der Siedlungspolitik?
Gerhard Heuer: Wir wollen keine weitere Zersiedlung, sondern eher die innerörtliche Bebauung fördern. Zersiedlung verteuert die Infrastruktur, insbesondere die Erschließungs- und Unterhaltskosten...
Kiek mal in: ... also eher weniger Neubaugebiete?
Gerhard Heuer: Wir brauchen preiswertes Bauland, um gerade auch jungen Familien die Gelegenheit zum Eigenheim zu bieten; dabei sollten wir aber auf behutsames Wachstum setzen.
Kiek mal in: Wie könnten wir die inner-

Fortsetzung Seite 4

Gerhard Heuer (63), Rentner, verheiratet, zwei Söhne, wohnt in Quarrendorf. Seit 1986 ist er für die SPD mit Unterbrechungen im Samtgemeinderat und Gemeinderat Hanstedt und in der zweiten Legislaturperiode zweiter stellvertretender Bürgermeister der Gemeinde Hanstedt.

Einladung zum traditionellen Grünkohlessen in die Festhalle Brackel

© H. Müller

Für den 12. November lädt die SPD Hanstedt wieder zu ihrem traditionellen Grünkohlessen in die Festhalle Brackel ein. Zünftiges Essen, eine Tombola und gute Gespräche garantieren einen vergnüglichen Abend in angenehmer Atmosphäre. Auch Nichtmitglieder sind herzlich eingeladen. Beginn ist 19.00 Uhr. Einladungsplakate werden rechtzeitig aufgestellt und erinnern an die Veranstaltung.

SPD Hanstedt lud zur Wanderung entlang der Aue

Wie würde sich eine Mehrförderung von Heide-Grundwasser vor Ort auswirken? Diese Frage stand im Mittelpunkt unserer Wanderung entlang der Aue Mitte Juni. Neben Vertretern des Naturschutzbundes (NABU) – dem stellvertretenden Kreisvorsitzenden Ulli Bohnert sowie den Hanstedter NABU-Vertretern Harald Dohse und Renate Prior – hatten sich zahlreiche Naturfreunde eingefunden.

Im Hotel „Zum Lindenhof" in Marxen informierte Professor Dr. Jens-Rainer Ahrens, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, zunächst über den derzeitigen Stand des Antrags der Hamburger Wasserwerke nach Erhöhung der Förderung auf 16,6 Mio. Kubikmeter Heidewasser.

Für Ulli Bohnert ist eine Gesamtbetrachtung des Wasserhaushalts notwendig; gerade bei Trockenheit erweise sich die Problematik des Wasserabzugs, wes-

Fortsetzung Seite 4

Wir im Landkreis Harburg...

Die Niedersächsische Gemeindeordnung muss bleiben!

Die von der Landesregierung geplante Verabschiedung eines Kommunalverfassungsgesetzes steht landesweit in der Kritik. Unter dem Vorwand, die kommunalen Handlungsspielräume zu erweitern und die Attraktivität des Ehrenamts zu stärken, wird mit einer bewährten Tradition gebrochen: Das eigenständige „Grundgesetz“ der niedersächsischen Gemeinden, als welches die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) heute gilt, soll abgeschafft werden.

Darüber hinaus enthält der Gesetzesentwurf zum neuen Kommunalverfassungsgesetz einige aus meiner Sicht problematische Neuerungen. So soll z.B. künftig bei der Wahl der Bürgermeister und Landräte auf eine Stichwahl zwischen den beiden stärksten Kandidaten verzichtet werden, wenn keiner der Bewerber die absolute Mehrheit erreicht hat. Eine relative Mehrheit ist jedoch m.E. keine ausreichende Legitimation für diese Ämter. Eine weitere Neuerung, die in Wahrheit keine Stärkung des Rates bedeutet, ist das Verbot, dass der Rat den Bürgermeister zum Ratsvorsitzenden wählen darf.

Mit dem neuen Kommunalverfassungsrecht soll nur von zentralen „Baustellen“ unserer Kommunen abgelenkt werden, und damit meine ich vor allem die schwierige Situation der kommunalen Haushalte. Auf diesem Gebiet gilt es, nachhaltig tragfähige Lösungen zu erarbeiten.

Brigitte Somfleth, MdL

Ehrenamtliche Kommunalpolitik: Warum tut man das?

Betrachtung eines Kreistagsmitglieds – von Dr. Dieter Bender, Winsen (Luhe). Ich habe die feste Überzeugung, dass dies, was wir tun, politisch ist. Jeder von uns Bürgern hat Forderungen an die Allgemeinheit und hat Ziele in der gesellschaftlichen Entwicklung seiner Lebensumgebung, selbst derjenige, der Chillen als Lebensziel hat. Eindeutig wird derjenige, der sich einmischt in Entscheidungsprozesse, die seine Lebensbedingungen betreffen, erfolgreicher im Erreichen seiner Forderungen sein als derjenige, der geduldig wartet, dass andere dies für ihn erledigen. Mit der Absicht, mich auf Kreisebene einzumischen, habe ich mich 2006 als Kandidat aufstellen lassen. Ich wurde direkt in den Kreistag gewählt und sollte/durfte/musste sofort viele Dinge (mit-) entscheiden, über die ich bis dahin nur sehr oberflächlich nachgedacht hatte. Und in der Tat gab es in den zurückliegenden vier Jahren einiges zu entscheiden: Die Integrierte Gesamtschule (IGS), die Sanierung und Erweiterung des Reitsportzentrums Luhmühlen, die Krankenhaus-Eigenkapitalerhöhung oder die Fusion der Sparkassen Harburg-Buxtehude und Lüneburg – um nur einige Themen zu nennen. Die Beispiele zeigen in meinen Augen, dass wir als ehrenamtlich tätige Bürger in unserem föderativen System diverse Dinge beeinflussen, aktiv gestalten, die unseren Lebensraum direkt betreffen und die nachhaltig wirken. Wozu geht man nun in seiner Freizeit in Sitzungen? Ich denke, der Hauptantrieb rührt daher, dass man irgendwann feststellen kann, an diesem erzielten Ergebnis habe ich mitgewirkt. Die Erfüllung einer gesellschaftlich anerkannten Aufgabe, gepaart mit einer kleinen Portion Eitelkeit und einer gewissen Selbstverwirklichung zum Wohle aller. Es macht Spaß zu gestalten – den Spaß können Sie auch haben! Bei Interesse an einer Mitwirkung auf Gemeinde- und/oder Landkreis-Ebene wenden sie sich bitte an ihren lokalen Vertreter der SPD.

Silva Seeler: Die Meinungsvielfalt steht auf dem Spiel

Eine Änderung im Niedersächsischen Mediengesetz soll ihn ab dem 1. Januar 2011 ermöglichen: den kommerziellen lokalen Rundfunk. Den entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung kritisiert die SPD-Fraktion, setzt er doch die Meinungsvielfalt aufs Spiel.
Die Verhinderung von Meinungsmonopolen, eine zentrale Aufgabe der Medien- und Pressegesetzgebung, spielt offenbar keine Rolle mehr. Denn: Neben dem landesweiten Rundfunk können künftig auch auf lokaler und regionaler Ebene werbefinanzierte Hörfunk- und Fernsehprogramme verbreitet werden. Bisher gibt es diese nicht. Zeitungsverlegern werden dabei Beteiligungen von bis zu 49,9 Prozent ermöglicht. Es kann aber nicht sein, dass die einzige Zeitung vor Ort auch noch den neuen Lokalsender dominiert. Die Online-Aktivitäten der Verlage werden im Entwurf bei der Frage der Meinungsmacht gar nicht erst berücksichtigt. Wichtiger ist es, denjenigen Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, die eine wirtschaftliche Basis für die Finanzierung von Qualitätsjournalismus benötigen. Was wir deshalb brauchen, sind gut aufgestellte Verlage, mehr Bürgerfunk sowie einen Fokus auf die Vermittlung von Medienkompetenz. Zu all dem liefert die Landesregierung allerdings keine Impulse.

Silva Seeler, MdL

Da steckt Europa drin!

Förderpolitik der Europäischen Union – Bernd Lange

Ein Blick auf die Höhe der EU-Fördergelder, die zwischen Mitte 2007 bis Ende 2009 allein in den Landkreis Harburg geflossen sind, zeigt, dass viel Europa im Landkreis steckt. Bisher flossen 8,7 Mio. € aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklu ng (EFRE) und 4,5 Mio. € aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) nach Harburg. Hinzu kommen Mittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER). Mit Mitteln aus dem EFRE wird das Agrarium im Freilichtmuseum am Kiekeberg umgesetzt. Auch das Naturinformationszentrum Undeloh wird gefördert. Beide Projekte steigern die Attraktivität der Region, sind gut für den Tourismus und schaffen Arbeitsplätze.
Förderprinzip der EU ist immer eine Ko-Finanzierung, d.h. die Finanzierung muss außerdem durch Kommune, Land oder Bund gewährleistet sein. Dies verhindert eine EU-Finanzierung „ins Blaue“ und unterstützt Projekte und Initiativen, die vor Ort notwendig und sinnvoll sind. Ziel der Strukturfonds ist es, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union zu stärken. Die Regionalpolitik bildet heute (Förderperiode 2007-2013) den zweitgrößten Posten des EU-Haushalts.

Aktuelles aus Europa gibt es alle 14 Tage per Email im Newsletter „Europa-Info!“. Hier kostenfrei abonnieren: http://www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info/

Ein neuer Typus Sozialarbeiter muss her

Aus den Biographien der meisten jugendlichen Gewalttäter, zumal derjenigen, die sich den rechtsextremistischen Kameradschaften angeschlossen haben, geht eines hervor: sie wollen die Bestätigung bekommen, dass sie wertvoll sind und gebraucht werden, dass sie Karriere machen können und dass sie einer „männerbündischen Gruppe“ angehören, die sich als eine Elite versteht, die durch Gewaltanwendung auch Macht hat. In der Kameradschaft der Geführten einerseits und in der Führerfigur des allgewaltigen harten, aber wohlwollenden „Vateroffiziers“ andererseits finden sie das, was in ihren Familien verloren gegangen ist: Zusammenhalt, kollektive Identität, Orientierung, Elite- und Sendungsbewusstsein, religiöses Grundgefühl und Sicherheit versprechende hierarchische Führersequenz. Das ist das Gegenteil von all dem, was ihnen die Mehrheitsgesellschaft bietet. Allzu oft wird ihnen das Gefühl gegeben, sie seien leistungsmäßige Nieten, Versager, die am Rande ständen und als Männer ohnehin potentielle Vergewaltiger und Gewalttäter seien. In der Jugendarbeit gibt es viele intelligente Ansätze, unzählige Präventionsprogramme und zahllose Aufklärungsinitiativen in Schulen und Vereinen.

Bloß, die meisten nützen nichts. Das zeigt die erschreckend angewachsene Zahl der Jugendlichen, die offen ihre Sympathien für die Rechtsextremen bekunden. Was hilft, ist kein verkopftes Wissen, das sich in Handlungstheorien erschöpft, sondern es sind neue Projekte, in denen ein neuer Typus von Sozialarbeiter das Vertrauen, die Achtung, den Respekt und die Herzen der jungen Männer gewinnt.

Dr. Otto Felix Hanebutt

Innere Sicherheit gewährleisten

Seit über sechzig Jahren macht sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP), die größte Polizeigewerkschaft in Deutschland, sowohl für die Verbesserung der sozialen und finanziellen Bedingungen der Polizeibeschäftigten als auch für Verbesserungen im Bereich der Inneren Sicherheit stark. Trotz guter Arbeit der Polizei, durch die sich die Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich sicher fühlen können, ist noch immer viel zu tun.

Neben der notwendigen Verfolgung von Straftaten fordert die GdP, dass die Prävention, also die Verhinderung von Straftaten, wieder oberste Priorität bekommt. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit Gewaltdelikten bei Jugendlichen. Hier muss die Politik mehr tun und die vielen ehrenamtlichen Initiativen bündeln und stärker unterstützen. Um die innere Sicherheit zu gewährleisten, braucht die Polizei mehr Personal; in Niedersachsen ist das noch immer nicht erfüllt. Der Einsatz der Bundeswehr im Innern und die Einführung von sogenannten Bürgerwehren sind dabei keine Lösungen. Die Forderung der GdP ist daher, die Polizei wieder vor Ort zu stärken. Seit 2003 wurde die Polizeiorganisation stark zentralisiert. Gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen ist aber eine dezentralisierte Polizei nötig, damit sowohl Einsatzbeamte als auch die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr lange auf spezialisierte Kräfte aus der Zentrale warten müssen.

Dietmar Schilff (48) ist Polizeihauptkommissar und ehrenamtlich stellvertretender Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen (GdP)

CDU und FDP kippen „Heidewasser-Konsens“

In der Sitzung des Umweltausschusses des Niedersächsischen Landtages am 9. August hat es heftigen Streit zwischen den Vertretern der SPD-Opposition und der CDU/FDP-Koalition zum Thema „Heidewasser“ gegeben. Die CDU hatte jüngst einen Änderungsvorschlag zu den Entschließungsanträgen von SPD und Grünen eingebracht. „Hiermit stellt die niedersächsische CDU den Hamburger Wasserwerken einen Freibrief aus“, kritisierte Brigitte Somfleth in Hannover. „Damit haben CDU und FDP im Landtag den Heidewasser-Konsens, der vor Ort bereits besteht, aufgekündigt“, ergänzte die SPD-Abgeordnete Silva Seeler.

Die Hansestädter wollen für die kommenden 30 Jahre 16,6 Millionen Kubikmeter Grundwasser jährlich fördern. Bereits 2004 war die alte Genehmigung hierzu abgelaufen. Momentan wird auf Grundlage einer Übergangsregelung gefördert. Noch Anfang April hatte CDU-Umweltpolitiker Martin Bäumer erklärt, die Laufzeit des neuen Vertrages mit Hamburg müsse auf maximal zehn Jahre begrenzt werden. „Nun erfolgt auf einmal ein schwarz-gelber Sinneswandel und es ist nur noch davon die Rede, dass der Vertrag 30 Jahre laufen und alle zehn Jahre überprüft und angepasst werden müsse“, erläuterte Somfleth. Damit würden den Hamburgern Tür und Tor geöffnet, in der Zukunft ihren Heidewasser-Bezug noch weiter ausbauen zu können. „Warum CDU und FDP in Niedersachsen auf einmal die Hamburger Karte spielen, ist nicht erklärbar“, ergänzte Seeler. Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, diesen Änderungsantrag von CDU und FDP abzulehnen, da niedersächsische Interessen verraten werden.

Somfleth und Seeler zeigten sich persönlich enttäuscht von ihren CDU-Landtagskollegen Norbert Böhlke (Seevetal), Heiner Schönecke (Buchholz/Nordheide) und Andre Wiese (Winsen/Luhe), denen es offenbar nicht gelungen sei, den breiten Konsens, der im Kreis Harburg erzielt worden war, in der CDU-Fraktion erfolgreich zu vertreten.

Gemeinschaftsgedanke stärken

Fortsetzung von Seite 1

örtliche Bebauung attraktiver machen?
Gerhard Heuer: Die Kommune könnte stärkere Hilfestellung geben bei der Mittelbeschaffung, z.B. aus dem Strukturfonds. Auch sollte man ernsthaft darüber nachdenken, für eine begrenzte Zeit Steuererleichterungen – ich denke an die Grundsteuer B - für wieder bewohnbar gemachte innerörtliche Immobilien zu gewähren.
Kiek mal in: Junge Familien zu halten und zu gewinnen bedeutet, auch Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.
Gerhard Heuer: Natürlich – wir müssen vorrangig an unsere Wohnbevölkerung denken. Deswegen ist es ja gerade wichtig, einen für die gesamte Samtgemeinde zukunftsweisenden, langfristig ausgelegten Flächennutzungsplan aufzustellen...
Kiek mal in: ... der verhindern soll, dass in den einzelnen Gemeinden Gewerbegebiete wie Pilze aus dem Boden sprießen?
Gerhard Heuer: Es ist richtig, bei den Gewerbegebieten Schwerpunkte zu setzen; dabei sollten wir uns konzentrieren zum einen auf bevölkerungsreichere Orte und zum anderen auf verkehrsorientierte Standorte, zum Beispiel in Autobahnnähe – ich denke hier vor allem an Hanstedt, Brackel, Egestorf und Marxen. Wir sollten auch dafür Sorge tragen, die Verkehrsbelastung nicht weiter zu forcieren.
Kiek mal in: Ein Ansatz in der Infrastrukturpolitik ist ja der Öffentliche Personennahverkehr.
Gerhard Heuer: Ja. Wir brauchen gute Verbindungen zu den Bahnhöfen nach Buchholz, Winsen und Harburg. Außerdem bin ich dafür, dass wir den Heideshuttle als ganzjährigen Verkehrsträger in ein Gesamtkonzept einbringen. Was mir darüber hinaus am Herzen liegt, ist der gute Ausbau der Radwege; die Verbindung zwischen Quarrendorf und Brackel ist überfällig.
Kiek mal in: Was liegt denn in der nächsten Zeit noch an?
Gerhard Heuer: Wir haben gerade in Schätzendorf die Ganztags-Kita auf den Weg gebracht; ich setze mich dafür ein, noch mehr Krippen und Kitas als Ganztagsveranstaltungen einzurichten, um so den Müttern die Möglichkeit zur Berufstätigkeit zu verschaffen. Das heißt natürlich auch, Personal dafür einzustellen. Allerdings bin ich der Meinung, dass man mit Kreativität, Flexibilität und Eigeninitiative eine kostengünstige Lösung herbeiführen könnte.

Im nächsten Jahr wird das Waldbad in Hanstedt 50 Jahre alt. Es wird erforderlich sein, über kurz oder lang erhebliche Investitionen zu tätigen, um das Waldbad als attraktive Erholungsstätte zu erhalten. Ich stelle mir vor, einen Förderverein wie in Egestorf und Jesteburg ins Leben zu rufen, der mithilft, die laufenden Kosten abzudecken, um die Samtgemeinde finanziell zu entlasten.

Das Interview führte Manfred Lohr.

SPD Hanstedt lud zur Wanderung entlang der Aue

Foto (v.l.): Traute Müller, Professor Dr. Jens-Rainer Ahrens, Ulli Bohnert, Renate Prior und Harald Dohse

Fortsetzung von Seite 1

halb eine über das Jahr verteilte Durchschnittsbetrachtung nicht aussagefähig sei. Auch müsse Hamburg Einsparungen prüfen ebenso wie die Möglichkeit, für Gewerbebedarf Brauchwasser aus der Elbe zu entnehmen.

Harald Dohse belegte eindrucksvoll anhand einer älteren Verlaufskarte der Aue, wie die natürlichen Mäander durch Begradigungen verschwanden; gerade die Mäander seien wichtig für die Fließgeschwindigkeit des Wassers und damit auch für seine Rückhaltung und Stauung im Gebiet.

Vor Ort machte Ahrens dann deutlich, wie Flora und Fauna von der Wasserspeisung profitieren und von ihr abhängig sind. Über 30 Zuläufe gäbe es zur Aue – alle mit einer Vielfalt an Wassertierarten und Pflanzen, die nicht selten schon rar seien. „Vielfalt statt Einfalt“ – so der Appell von Ahrens; die Menschen müssten für die Folgen von Veränderungen an der Natur sensibilisiert werden.

Am Ende der Begehung erwartete die Teilnehmer ein Picknick, das die Ortsvereinsvorsitzende Traute Müller vorbereitet hatte.

Impressum
„Kiek mal in“
Herausgeber: SPD-Ortsverein Hanstedt, Radenbachweg 3, 21274 Undeloh;
Homepage: www.spd-hanstedt.de;
Kontakt: manfred.lohr@spd-hanstedt.de
Redaktion: Dr. Manfred Lohr (verantw.), Jens Feldhusen, Melf-Carsten Hansen, Hella Hinsch
Layout: Seiten 1+4: Melf-Carsten Hansen; Seiten2+3: Tini Eckardt
Fotos: Autoren; Dr. Manfred Lohr
Auflage: 5.000 Exemplare
Druck: Druckerei Peter, Brückenstraße 13, 21266 Jesteburg
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.
Ausgabe September 2010
An alle Haushaltungen mit der Tagespost